

Kein Sparstrumpf für neue Stadtbahnen

Kreistagsmehrheit lehnt Rückstellungen ab

Rastatt (sl) – Wie erwartet sind bei der Kreistagsitzung am Dienstagmittag konträre Meinungen aufgeprallt. Bei 16 Gegenstimmen aus den Reihen von SPD und Grünen beschloss das Gremium nach heißer Diskussion, kein Geld für die Ersatzbeschaffung der 14 – vor allem im Murgtal verkehrenden – Stadtbahnwagen anzuspargen.

In zehn bis 15 Jahren müsse der Landkreis mehr als 65 Millionen Euro aufbringen, um die dann ans Ende ihrer technischen Lebensdauer gelangten Stadtbahnwagen zu ersetzen, rechnete SPD-Fraktionssprecher Gerrit Große vor. Mit Förderung aus Landesmitteln könne man dabei wohl nicht rechnen. Diese Kosten könne man der künftigen Generation nicht alleine aufbürden. Sein Parteikollege Jonas Weber äußerte die Sorge, dass die jungen Menschen von heute später bezahlen müssten, was „ältere Herren“ jetzt bestellen. Als „Todesurteil für die Stadtbahn“ bezeichnete Walter Jüngling (ebenfalls SPD) den Entschluss, keine Rücklagen anzuspargen: „2025 müssen wir bei der Murgtalbahn den Schlüssel runddrehen.“ Die Fraktion der Grünen schloss sich der SPD an und forderte, die Rücklagen für die Ersatzbeschaffung sofort einzuplanen.

Anderer Meinung ist Landrat

Jürgen Bäuerle (CDU). Man könne heute nicht wissen, wie 2028/2029 Schienenfahrzeuge finanziert würden, inwieweit das Land und die AVG mitfinanzieren. Und er fragte: „Wo soll das Geld für die Rücklagen denn herkommen? Sollen wir Kredite aufnehmen oder die Kreisumlage um zwei Prozentpunkte erhöhen?“ Die Rückstellungen würden nicht in die Systematik des Kreishaushalts passen, fand der Landrat.

Ins selbe Horn stießen die Sprecher der anderen Kreistagsfraktionen. Toni Huber (CDU), zugleich Bürgermeister von Weisenbach, sieht weder in Rücklagen auf Pump noch in einer höheren Kreisumlage, die von den Gemeinden geschultert werden müsste, eine Lösung. Karsten Mußler (FW), Bürgermeister von Kuppenheim, erklärte es gar für „Irrsinn“, die Kreisumlage für den Sparstrumpf zu erhöhen. Und laut Theo Gehrmann (FDP) „wird sich die politische Lage vielleicht noch dreimal ändern“, bis neue Bahnen aktuell werden. Laut Andreas Merkel (CDU) habe die jetzige Generation bezahlt, was sie bestellt hat, die künftige müsse bezahlen, was sie dann bestelle: „Wenn es 2028 nötig wird, dass die Kommunen einen Teil mitfinanzieren, dann werden die Kommunen zusammenstehen und das schultern.“

Kindergarten wird aufgestockt

Rastatt (sl) – Einstimmig hat der Kreistag der Aufstockung des Schulkinder Gartens am Rastatter Westring zugestimmt. Die neuen Räume sollen von der Reha Südwest als inklusiv betriebene Kinderkrippe genutzt werden (wir berichteten), das heißt, behinderte und nichtbehinderte Kinder wer-

den gemeinsam betreut. Die Reha Südwest verpflichtet sich zugleich, bei Nachfrage auch Kinder aus anderen Kreisgemeinden aufzunehmen. Der Rastatter Gemeinderat stimmte einer Betriebskostenvereinbarung zwischen Stadt und Reha Südwest zu. Demnach beteiligt sich die Stadt nicht an den Investitionskosten, gewährt aber einen Betriebskostenzuschuss von jährlich rund 350 000 Euro – inklusive Defizitübernahme.



B 36 soll ab Rastatter Süden zur Landesstraße werden

Die Bundesstraße 36 soll ab dem Rastatter Süden bis nach Lahr zur Landesstraße herabgestuft werden. Dies hat, wie das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur in Stuttgart gestern auf Nachfrage des BT bestätigte, die jüngste Verkehrsministerkonferenz im Oktober einvernehmlich beschlossen. Die B 36 wird auf dieser Reststrecke als „nicht mehr fernverkehrsrelevant“ eingestuft. Dies hat Konsequenzen für die Große Kreisstadt Rastatt, durch die von Norden her die beiden Bundesstraßen 3 und 36 auf einer Trasse führen. Die

Abstufung der B 36 folgt ab dem Knotenpunkt Badener Straße/Oberwaldstraße, von wo aus die B 3 ins Münchfeld abzweigt und unter anderem Richtung Autobahnanschluss Rastatt-Süd führt, während sich die B 36 künftig nur noch als Landesstraße weiter Richtung Iffezheim erstreckt. Rastatt bekommt damit die Baulast für den Rest der Ortsdurchfahrt verpasst: Eine etwa 1,2 Kilometer lange Strecke, mit Radwegen eine Fläche von rund 16 500 Quadratmetern. In einem Schreiben an das Ministerium hatte OB Hans Jürgen

Pütsch mitgeteilt, dies so nicht akzeptieren zu wollen, ohne die Gesamtkonzeption für Mittelbaden zu kennen – zumal der finanzielle Ausgleich für die Übernahme der Baulast nicht beziffert worden ist. Einen Zeitpunkt für die Übergabe konnte der Ministeriumssprecher gestern noch nicht nennen. Im Landratsamt waren die Pläne gestern noch gar nicht bekannt. Der Kreis wäre auch nach der Abstufung der B 36 weiter für die „Pflege“ der Ortsdurchfahrten Hügelsheim, Rheinmünster und Lichtenau zuständig. (dm) / Foto: Vetter

In Niederbühl tut sich was

Entscheidung über neuen Sitz der Ortsverwaltung steht kurz bevor / Bürgergespräch

Rastatt (ema) – Haben sich die Niederbühler in früherer Zeit gerne darüber beschwert, dass sie sich von der Stadt vernachlässigt fühlen, so fand man beim jüngsten Bürgergespräch mit OB Hans Jürgen Pütsch nur noch wenig Anlass zur Klage. Der Rathaus-Chef hatte schließlich einige Bonbons fürs Meerrettichdorf im Gepäck.

Das fängt damit an, dass man im kommenden Jahr die derzeit im maroden Rathaus residierende Ortsverwaltung an einem neuen Standort unterbringen will. Wo, darüber will sich der Ortschaftsrat heute in einer nichtöffentlichen Sitzung Gedanken machen. Zur Wahl

stehen das Erdgeschoss des Schulgebäudes, wofür der OB plädiert – oder aber das Pfarrhaus. Die Kosten wären bei beiden Lösungen mit 80 000 Euro identisch, sagte Pütsch. Ebenfalls im kommenden Jahr soll für 90 000 Euro das Wegenetz auf dem Friedhof auf Vordermann gebracht werden.

Etwas Geduld ist bei anderen Projekten noch geboten: Das neue, 1,6 Millionen Euro teure Feuerwehrgerätehaus am Gewerbekanal muss bis Mitte 2015 fertiggestellt sein, nachdem die Stadt jetzt einen Zuschuss von 230 000 Euro bewilligt bekommen hat. Früher könnten die Grundstückseigentümer im Förcher Neubaugebiet „Verlängerte Bastgarten-

straße“ loslegen, wenn sie sich geschlossen mit dem privaten Erschließungsträger einigen. Pütsch sagte, dass dann die Erschließung bis Mai 2013 gelingen könne, damit auf den 24 Grundstücken gebaut werden darf. Eine Baustelle des Landkreises wird der Fußgänger- und Radwegesteg bei der Murgbrücke sein. Dieser soll laut Pütsch 2013 angegangen werden. Dagegen bleibt der geplante Kreisel am Knoten Baulandstraße/Murgtalstraße eine Hängepartie. Das Regierungspräsidium habe zurzeit dafür kein Geld, sagte der OB.

Bereits eine unendliche Geschichte sind die Klagen über den Schleichverkehr zwischen Niederbühl und Münchfeld-

Siedlung, was vor allem Anwohner der Hans-Thoma-Straße erzürmt. Zwar sind die städtischen Ordnungshüter mit „etlichen Messungen“ präsent, wie Fachbereichsleiter Günter Knapp sagte. Doch am „unerträglichen Zustand“, so eine Anwohnerin, ändere sich dadurch nichts. Auch Ortsvorsteher Klaus Förly machte keine Hoffnung auf Besserung. Das Problem sei seit Jahren bekannt; die Polizei habe die Kontrollen eingestellt, weil sich die Beamten nicht permanent anfragen lassen wollten („nur frei für Anlieger“). Eine Lösung wäre die Sperrung des Wiesenwegs, sagte Förly. Doch das wolle man nicht, weil dann die Sporthalle abgeschnitten wäre.

Umbruch an der Rastatter SPD-Spitze

Ortsverein wählt an vielen Positionen veränderten Vorstand / Marcel Müller neuer Vorsitzender

Rastatt (dm) – Umbruch bei der Rastatter SPD: Der Ortsverein geht mit einem an zahlreichen Positionen veränderten Vorstand in die nächsten Jahre. Zum Vorsitzenden wurde am Dienstagabend Marcel Müller (39) gewählt (bei einer Enthaltung), der die seit 2009 amtierende Doppelspitze Bernd Schlögl/Inge Bellan-Payraut ablöst. Als Stellvertreter stehen ihm Louis Reiß (28) und Margit Saldern (46) zur Seite.

Die bisherige stellvertretende Vorsitzende Ursula Oelschläger kandidierte wie Bellan-Payraut nicht mehr; Schlögl, der aus beruflichen Gründen kürzer tritt, macht als Beisitzer weiter.

„Es ist Zeit, den jungen Genossinnen und Genossen die Chance zu geben, unserem Ortsverein ihren Stempel aufzudrücken“, erläuterte Bellan-Payraut, die 35 Jahre lang Vorstandsämter innehatte, ihren Rückzug. Insgesamt verließen neun bisherige Vorstandsmitglieder das Gremium.

Für Müller, der sich dazu bekannte, ein „politisches Greenhorn“ zu sein, ist das neue Amt eine Herausforderung. Der gebürtige Rastatter, Niederlassungsleiter einer Industrie-Ser-

vice-Firma in Wörth, der seit 2004 wieder in der Barockstadt lebt und zuletzt Beisitzer im Vorstand war, will unter anderem interne Strukturen straffen und seine Stellvertreter entsprechend einbinden, die Zusammenarbeit mit den Jusos verstärken, die Vernetzung auch mit dem Gemeinderat verbessern, das bisherige Veranstaltungskonzept auf den Prüfstand stellen. Es gelte, das kommunale SPD-Profil weiter zu schärfen, die „Schlagkraft“ zu erhöhen. Als persönliche Aufgabe nannte er zudem die „innere Mission“: Jedem einzelnen SPD-Mitglied in Rastatt soll ein Angebot zur politischen Mitarbeit gemacht werden (derzeit zählt der Ortsverein 165 Mitglieder) – auch um Querelen vergangener Jahrzehnte (etwa aus der „Schröder-/Walker-Zeit“) auszuräumen.

Zuvor hatte Schlögl Bilanz der zurückliegenden Amtszeit gezogen, in der er vor allem die Landtagswahl hervorhob, für deren Ergebnis sich auch der Rastatter Ortsverein verdient gemacht habe; Wahlkreis-Kandidat Ernst Kopp fuhr das landesweit zweitbeste SPD-Ergebnis ein.

Joachim Fischer richtete den Fokus auf die Arbeit der Ge-



Die neue Spitze des SPD-Ortsvereins Rastatt: Vorsitzender Marcel Müller (links) mit den Stellvertretern Louis Reiß und Margit Saldern.

Foto: Melcher

meinderatsfraktion. Thema Stadtentwicklung: Demnächst werde es in entscheidende Verhandlungen um einen City-Manager gehen. Die SPD-Fraktion sei bereit, dem Gewerbeverein RA³ für einen befristeten Zeitraum von drei Jahren jeweils 70 000 Euro für die Personalkosten zuzugestehen – wenn der Verein „uns überzeugt“ und ein tragfähiges Konzept präsentiert. In Sachen IKEA werde man nicht umhinkommen, nochmals eine

Grundsatzdiskussion zu führen. Angesichts eines möglichen Zielabweichungsverfahrens mit ungewissem Ausgang und jahrelanger Dauer sei das Freihalten des vorfinanzierten Grundstücks, das jährlich Zinsen kostet, zu hinterfragen. „Wollen wir uns diese Zeit nehmen und dadurch verhindern, dass sich andere Gewerbetreibende niederlassen, die vielleicht mehr Arbeitsplätze bringen?“ Angesichts des strukturellen

Defizits des Rastatter Haushalts sei die SPD bereit, an weitere städtische Strukturen heranzugehen. Geprüft werden solle, ob es nicht besser wäre, wenn das Kreis-Forstamt die städtische Waldfläche bewirtschaftet. In der Verwaltung wiederum scheine das Verhältnis zwischen Häuptlingen und Indianern nicht zu stimmen, plädierte Fischer für eine Zusammenlegung von Fachbereichen. Auch die Position des zweiten Beigeordneten könne eingespart werden. Des Weiteren wolle die SPD-Fraktion das Thema Mietspiegel aufgreifen. Der Verwaltung will man vorschlagen zu prüfen, ob die Nutzung von Windkraft auf Rastatts Gemarkung machbar wäre.

Der neue SPD-Vorstand: Vorsitzender Marcel Müller, erster Stellvertreter Louis Reiß, zweite Stellvertreterin Margit Saldern, Schriftführerin Erna Mühlroth, Pressereferent Uwe Sticher, Kassierer Mario Iannuzzi, Beisitzer Harald Ballerstädt, Alexander Ferch, Rüdiger Haas, Renita Hormann, Mahmut Kurukafka, Nicole Maier-Rechenbach, Bernd Schlögl, Michael Weck und Steven Weitemeyer, Fraktionsvertreter Joachim Fischer, Jusso-Vertreter Simon Uhrig.

Stolpersteine auch für Rastatt?

Rastatt (dm) – Die Rastatter SPD will das Gedenk-Projekt „Stolpersteine“ auch in der Großen Kreisstadt ins Rollen bringen. Wie bei der Jahreshauptversammlung bekannt wurde, will man eine entsprechende Initiative starten und bei der Verwaltung wegen einer möglichen Realisierung anfragen. Stolpersteine erinnern an das Schicksal jüdischer Mitmenschen im Nationalsozialismus. In vielen Gemeinden Deutschlands – wie etwa Gaggenau, Malsch und Baden-Baden – sind bereits solche Stolpersteine gegen das Vergessen verlegt worden, während man sich in Kuppenheim derzeit schwer tut mit der Umsetzung.

Pavillon auf jeden Fall abreißen

Rastatt (dm) – Der Gemeinderat hat zugestimmt, beim Land den dritten Antrag zur Aufnahme ins Städtebauförderungsprogramm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ (wir berichteten) zu stellen. Joachim Fischer (SPD) plädierte dafür, den in diesem Zug vorgesehenen Abriss des Verkehrspavillons – die Kosten schätze man auf rund 45 000 Euro – auch dann anzugehen, falls man mit dem Antrag erneut scheitert.